



Deutsche Umwelthilfe

eurONATUR



Zukunft gestalten mit Verantwortung: Ein fairer und effektiver EU-Haushalt im Dienst von Mensch, Klima, Natur und Umwelt

Kurzfassung des gemeinsamen Positionspapier zum EU-Haushalt (MFR)

Der nächste Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union entscheidet darüber, ob Europa die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen bewältigen kann. Der EU-Haushalt muss zum Motor einer zukunftsgerichteten, widerstandsfähigen und gerechten Wirtschaft werden und darf keine Mittel mehr in klima- oder umweltschädliche Strukturen lenken. Damit die EU den Green Deal erfolgreich umsetzen, im Rennen um CleanTech-Märkte aufholen und sich von fossilen Abhängigkeiten befreien kann, muss die bestehende jährliche Investitionslücke von 742 Milliarden Euro geschlossen werden. Dafür braucht die EU einen Haushalt, der klare Prioritäten setzt: für Investitionen in Klimaschutz, in den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und in soziale Sicherheit. Nur wenn der MFR diese Ziele verlässlich finanziert, bleibt Europa handlungsfähig und gewinnt das Vertrauen seiner Bürgerinnen und Bürger.

Öffentliche Mittel müssen konsequent an Umwelt- und Klimaziele gebunden werden.

Nur wenn mindestens die Hälfte aller EU-Ausgaben in nachhaltige Zukunftsprojekte fließen, erreichen wir die verbindlichen Klima- und Umweltziele, wie sie etwa im europäischen Klimagesetz und im Gesetz zur Wiederherstellung der Natur festgelegt sind. Die Kosten unkontrollierter Erderhitzung übersteigen deutlich die nötigen Investitionen, diese abzumildern. Dies ist auch den Menschen in der EU bewusst, weshalb von hoher Unterstützung für die Finanzierung klimawirksamer Maßnahmen auszugehen ist (vgl. Eurobarometer, S. 62).

Eine starke EU braucht eigene Einnahmen für gemeinsame Aufgaben.

Neue Eigenmittel sind unverzichtbar, damit Europa einen wirtschaftlich und sozial erfolgreichen Wendel finanzieren und sich damit unabhängiger von fossilen Autokratien machen kann. Einnahmen aus klimaschädlichen Sektoren – etwa dem Luftverkehr – können dabei helfen, den Wandel gerecht zu gestalten und die Rückzahlung gemeinsamer Kredite abzusichern.

Innovation und Vorreiterrolle durch ein starkes LIFE-Programm sichern.

Das LIFE-Programm steht für europäische Exzellenz in Umwelt- und Klimapolitik. Es muss gestärkt, ausgebaut und als eigenständiges Förderinstrument fortgeführt werden – für Projekte, die Wirkung zeigen, Vertrauen schaffen und den Green Deal greifbar machen.

Landwirtschaft als Partnerin für Umwelt, Klima und Gesellschaft stärken.

Öffentliche Gelder müssen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen. Der MFR sollte gezielt u. a. mit einem Mindestbudget für Umweltmaßnahmen jene Landwirtinnen und Landwirte unterstützen, die Ressourcen schonen, Artenvielfalt fördern und das Klima schützen. Nur so bleibt die Agrarförderung zukunftsfähig und legitim.

Den sozialen Zusammenhalt in der Transformation sichern.

Niemand darf auf dem Weg zur Klimaneutralität zurückgelassen werden. Ein gestärkter Klimasozialfonds und klare Mittel für einen gerechten Übergang sorgen dafür, dass Klimaschutz sozialverträglich gelingt – und alle Europäerinnen und Europäer profitieren.

Die Bundesregierung und das Europäische Parlament sollten sich daher dringend für Anpassungen des neuen MFR (2028–2034) in folgenden Bereichen einsetzen:

→ **Mindestens 50 % aller Ausgaben an Umweltziele binden**

In Anbetracht der weitreichenden Vereinfachung und Umgestaltung des MFR muss die EU mindestens 50 % aller Ausgaben an die sechs Umweltziele der EU-Taxonomie binden. Davon sollten 10 % ausdrücklich für Biodiversität reserviert sein. Um die verbindlichen Natur- und Klimaziele der EU zu erreichen, muss die EU sicherstellen, dass die 40 %- und 100 %-Koeffizienten im Leistungsrahmen nur für Aktivitäten gelten, die garantiert positiv zu den Umweltzielen beitragen (vgl. den Vorschlag des WWF).

→ **Neue Eigenmittel schaffen**

Die EU muss sicherstellen, dass genügend Finanzmittel zur Verfügung stehen: für die Transformation, für neue und flexible Aufgaben angesichts der volatilen Weltlage sowie für die Rückzahlung des Wiederaufbaufonds NextGenerationEU. Dafür benötigt die EU neue Eigenmittel in relevantem Umfang, wie beispielsweise aus Abgaben auf den Luftverkehrssektor, gekoppelt an die Klimawirkung und fokussiert auf die Business- und Premiumklasse sowie Privatjets.

→ **LIFE-Programm stärken und fortführen**

Die EU sollte das LIFE-Programm im nächsten MFR als gestärktes und eigenständiges Programm fortführen. Es unterstützt qualitativ hochwertige und innovative Projekte in allen Mitglieds- und Beitreftsstaaten – in den Bereichen Umwelt- und Naturschutz, Vermeidung von Umweltverschmutzung sowie Eindämmung des Klimawandels und Klimaanpassung. Eine detaillierte Analyse der Haushaltsvorschläge mit Blick auf LIFE, inklusive entsprechender Änderungsvorschläge, ist in einem gemeinsamen NGO-Papier zu finden.

→ **Gesellschaftliche Leistungen der Landwirtschaft finanzieren**

Die EU muss mit dem MFR sicherstellen, dass öffentliches Geld für gesellschaftliche Leistungen der Landwirtschaft eingesetzt wird und Anreize geschaffen werden, damit Landwirt*innen sich weiter Richtung einer ressourcenschonenderen, umwelt-, natur- und klimaschützenden Landwirtschaft ausrichten können. Um die gesellschaftliche Legitimation für die Agrarfördermittel zu erhalten, müssen ein eigenständiges und ansteigendes Mindestbudget für Agrarumwelt- und Klimaaktionen sowie ambitionierte Mindestanforderungen festgelegt werden.

→ **Alle mitnehmen bei der Transformation**

Der MFR muss dafür sorgen, dass niemand von der Transformation abgehängt wird. Dafür braucht es einen deutlich gestärkten Klimasozialfonds und die Weiterführung der Unterstützung für einen gerechten Übergang. Die EU muss dabei die Elektrifizierung in verbraucher*innennahen Sektoren (insbesondere Verkehr und Gebäude), die soziale Abfederung steigender Preise für besonders betroffene Bevölkerungsgruppen und verbindliche Mindestmittel für den gerechten Übergang sicherstellen. Nur so kann die EU verhindern, dass der Rückhalt für die EU-Industrie- und Klimapolitik verloren geht.

Eine ausführliche Version der NGO-Forderungen zum zukünftigen MFR finden Sie [hier](#).

Stand: November 2025

Deutscher Naturschutzzring (DNR) e.V., Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen, Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, E-Mail: info@dnr.de, Telefon: 030 - 678 1775 70, www.dnr.de

Förderhinweis:

Diese Publikation wurde gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages.



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.